#### Kurzbericht

### Ausschuss für Haushalt und Finanzen

(51. Sitzung am 21. Februar 2024)

## Außerhalb der Tagesordnung:

Der Ausschuss kommt bezüglich des von der Landesregierung angekündigten Entwurfs eines Gesetzes zur Gewährung von Sonderzahlungen zur Abmilderung der Folgen der gestiegenen Verbraucherpreise und zur Änderung des Niedersächsischen Beamtenversorgungsgesetzes überein, die Beratung des Gesetzentwurfs in seiner für den 28. Februar 2024 vorgesehenen Sitzung zu beginnen und in dieser Sitzung die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens dazu anzuhören. Den Abschluss der Beratung und die Abstimmung über eine Beschlussempfehlung für das März-Plenum nimmt er für seine für den 6. März 2024 nunmehr zusätzlich vorgesehene Sitzung in Aussicht. Er bittet den voraussichtlich mitberatenden Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen bereits jetzt, seine Mitberatung möglichst bis dahin abzuschließen.

# Tagesordnung:

- Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des COVID-19-Sondervermögensgesetzes Gesetzentwurf der Landesregierung - <u>Drs. 19/3477</u>
- Vorlage 123 (MF) Fünfte Fortschreibung des Finanzierungsplans zum COVID-19-Sondervermögen und Quartalsbericht (4. Quartal 2023) zum Sondervermögen zur Bewältigung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie

Der Ausschuss behandelt die Tagesordnungspunkte 1 und 2 gemeinsam.

Der - federführende - Ausschuss beginnt mit der Beratung des Gesetzentwurfs unter TOP 1 und verständigt sich darauf, diese in seiner für den 6. März 2024 vorgesehenen Sitzung abzuschließen und dann über eine Beschlussempfehlung für das März-Plenum abzustimmen. Er bittet den Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen, seine Mitberatung dementsprechend zeitgerecht durchzuführen. - Der Ausschuss signalisiert, dem Landtag die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf zu empfehlen.

Die Vorlage 123 unter TOP 2 nimmt der Ausschuss zur Kenntnis.

3. Vorlage 119 (LRH) Information zum Schulbericht des Landesrechnungshofs

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

4. a) Dokumente zur Unterrichtung der Parlamente gemäß § 9 Stabilitätsratsgesetz 27. Sitzung des Stabilitätsrates am 2. Mai 2023

Unterrichtung durch die Landesregierung - <u>Drs. 19/1328</u>

b) Stabilitätsbericht Niedersachsen 2023
Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 19/2771

Dokumente zur Unterrichtung der Parlamente gemäß § 9 Stabilitätsratsgesetz
28. Sitzung des Stabilitätsrates am 18. Dezember 2023
Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 19/3239

dazu: **Vorlage 121** (MF) Unterrichtung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen über wesentliche Themen des Stabilitätsrates im Jahr 2023, § 9 Stabilitätsratsgesetz (StabiRatG)

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtungen und die Vorlage 121 zur Kenntnis.

# 5. Vorlagen

**Vorlage 114** (MF) Niedersachsen Invest GmbH (NIG) Vorlage des Wirtschaftsplans 2024

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Vorlage 115 (MF) Hannoversche Beteiligungsgesellschaft Niedersachsen mbH (HanBG): Vorlage des Wirtschaftsplans 2024

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Vorlage 116 (MF) Wiederbesetzung von Stellen gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Bestimmungen zu den Personalausgaben (04 01, 04 06, 06 16, 08 01, 08 13, 11 17)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**Vorlage 117** (MW) Übertragung von Aufgaben auf die NBank

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

 Antrag der Fraktion der CDU auf Unterrichtung durch die Landesregierung über die Einzelheiten der Veräußerung und die beabsichtigte Nachnutzung des ehemaligen JVA-Geländes Salinenmoor

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion zu, nimmt die Unterrichtung in vertraulicher Sitzung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

7. Antrag der Fraktion der CDU auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem in dem Unterrichtungsantrag aufgelisteten Themenkomplex "Grundsteuererklärungen"

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion zu, nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.